



KONFLIKTE

Was haben Konflikte in migran-
tischen Communities mit der
deutschen Politik zu tun? Eine
UDE-Studie hat das untersucht.
► Seite 4



FAIR TRADE

Zwischen kleinen Preisen und
großen Marken: Nicht alles mit
Siegel ist auch nachhaltig und
gerecht.
► Seite 6

AKDUELL IM NETZ

Alle Artikel, die Möglichkeit
zu Kommentieren und
noch viel mehr gibt es im
Internet unter der Adresse:
► www.akduell.de

Der Bluff mit der Master-Messe

**Es ist eine groß angelegte Kam-
pagne: An der Uni Duisburg-
Essen und an den anderen
NRW-Hochschulen werben Flyer
und Plakate für eine Master-
Messe in Münster. Doch was
wie eine gute Informationsmög-
lichkeit für angehende Bachelor-
Absolvent*innen aussieht, ent-
puppt sich auf den zweiten Blick
als Marketingveranstaltung für
private Studiengänge mit zum
Teil horrenden Studiengebühren.**

In der Ankündigung hört sich
alles ganz toll an: „Um das rich-
tige Angebot zu finden, haben
Messebesucher die Wahl aus
1.400 Master-Studiengängen aller
Fachrichtungen, Vollzeit- und
berufsbegleitenden Master-Pro-
grammen.“ Wer allerdings hofft,
die Messe sei ein geeigneter Ort,
um sich einen Überblick über die
zur Verfügung stehenden Mas-
terstudiengänge zu verschaffen,
irrt. Von den über hundert öffent-
lichen Universitäten in Deutsch-
land sind auf der Messe lediglich
sechs vertreten, von den über
200 staatlichen Fachhochschul-
en sogar nur drei. Bevölkert wird
die Messe dagegen von diversen
privaten Hochschulen und Aka-
demien, insbesondere von soge-
nannten „Business Schools“. Die
Gebühren für die beworbenen
Studiengänge liegen mitunter bei
10.000 Euro pro Jahr und mehr.

Hier wird's teuer!

Auf der Messe wollen zum Bei-
spiel die „Business and Infor-
mation Technology School“ aus
Iserlohn (Studiengebühren: 900
Euro pro Monat) und die „Leipzig
Graduate School of Management“
(27.000-30.000 Euro für ein Stu-



Foto: semihundido/flickr.com (CC BY-SA 2.0)

Er musste keine Privatuni besuchen, um „Master of the Universe“ zu werden: He-Man. Auch für Bachelor-Absolvent*innen gibt's viele Alternativen – obwohl die Master-Messe in Münster sie weitgehend verschweigt.

dium) sowie 15 weitere deutsche
Privathochschulen um neue Stu-
dierende buhlen. Außerdem sind
eine Reihe von vorwiegend gebüh-
renpflichtigen Hochschulen aus
den Niederlanden, Belgien und ei-
nigen anderen Ländern vertreten.

Dass der Schwerpunkt der
Messe auch bei den inländischen
Aussteller*innen eindeutig auf ge-
bührenpflichtigen Studiengängen
liegt, obwohl sie hierzulande eine
eindeutige Minderheit darstellen,
ist kein Zufall. Veranstaltet wird
die Messe von der border concepts
GmbH, einer Werbeagentur, die
sich auf das Vermarkten von Hoch-
schulen spezialisiert hat. „Studie-
rendenrecruitment“ nennt das Un-

ternehmen diese Dienstleistung.
Und dabei macht die Firma über-
haupt keinen Hehl daraus, dass es
bei den Aktivitäten keineswegs um
die Bedürfnisse der Studierenden
geht: „Sie als unsere Kunden ste-
hen bei uns stets im Mittelpunkt“,
verspricht Border Concepts auf
der Firmenhomepage den zahl-
ungswilligen Hochschulen. Und
zahlungswillig ist, wer etwas zu
verkaufen hat – also teure Studien-
gänge unter das Studierendenvolk
bringen will.

Irreführende Werbung?

„Die Plakate und Flyer verschwei-
gen, dass es vor allem um teure
private Nischenanbieter geht“, kri-

tisiert David Freydank, AStA-Refe-
rent für Hochschulpolitik die Pu-
blikationen. „Das grenzt für mich
an irreführende Werbung. Die al-
lermeisten Masterstudiengänge in
Deutschland sind nämlich gebüh-
renfrei.“

Wie wenig repräsentativ die
Münsteraner Master-Messe ist, das
zeigen auch die geplanten Messe-
stände der Hochschule Osnabrück
und der Universität Erfurt. Beides
sind öffentliche Hochschulen, an
denen es unzählige gebührenfreie
Master-Studiengänge gibt. Auf der
Messe in Münster sind beide Bil-
dungseinrichtungen jedoch aus-
schließlich mit dem „Institut für
duale Studiengänge“ (Osnabrück)
und mit der „Willy Brandt School
of Public Policy“ (Erfurt) präsent –
also ausgerechnet jenen Fachberei-
chen, an denen Studierende 1.500
bis 1.800 Euro Gebühren pro Se-
mester zahlen müssen.

Besser zweimal nachdenken

„Die Veranstaltung wirkt auf mich
wie eine maßgeblich von privaten
Bildungsanbietern finanzierte Ak-
zeptanzbeschaffungsmaßnahme
für studiengebührenfinanzierte
Bildung. Wir dagegen kämpfen
dafür, dass alle unabhängig vom
Geldbeutel gebührenfrei studie-
ren können – auch im Master“,
sagt AStA-Referent David Frey-
dank. „Die Messewerbung ver-
schweigt, dass es dort keinen
sinnvollen Überblick über das
Angebot der Masterstudiengänge
in Deutschland gibt. Deswegen
raten wir allen Fachschaften und
Uni-Institutionen, sich zweimal
zu überlegen, ob sie unbezahlte
Werbung für diese kommerzielle
Veranstaltung machen wollen.“
[rvr]

**DER EKELBARON
MELDET SICH ZU WORT**



Das Imperium exportiert zurück

Der Deutsche Michel schläft unruhig: 1,34 Milliarden Chinesen könnten ihm bald die Exportweltmeisterschaft streitig machen. China ist ihm nicht mehr als kommunistisches Schreckgespenst oder hundefressender Halunke eine Gefahr, sondern als Konkurrent auf dem Weltmarkt. Nur noch selten schickt er seinen Außenminister vorbei, um die Menschenrechte anzusprechen. Dieser berichtet dann nachher, daß er die Menschenrechte angesprochen habe.

Doch womöglich ist der deutsche Staat sogar etwas neidisch auf das konsequente chinesische Vorgehen gegen die Ineffizienz der Spaßgesellschaft: Moderne Künstler malen Klekse gegen Krieg? Einfach einsperren! Hippiestudenten demonstrieren? Einfach plattfahren. Kinder rauben ihren Eltern wertvolle Arbeitszeit? Einfach das Kinderkriegen verbieten.

Der deutsche Staat hingegen musste seine Lehren aus der Geschichte ziehen: Autobahnen haben sich als nachhaltig erwiesen, große Mauern als wenig haltbar. Ebenso deutlich müsste doch aus der Geschichte ersichtlich sein, daß der Untergang der chinesischen Monarchie importiert wurde. Die bürgerlichen Weltanschauungen kamen einst als Eindringlinge aus dem Abendland, die keine noch so große Mauer aufhalten konnte. Wie ein Virus befahlen sie das Reich und hinterließen ein Ungetüm von Staat, der Kommunismus und Kapitalismus unter einen bürokratischen Hut brachte, und nun das Abendland in einer Flut von Plastikspielzeug und Billig-Elektronik zu ertränken droht.

**Hochachtungsvoll,
Friedrich von Einhalt**

Alle sagen China, China

China ist weit mehr als klappernde Holzstäbchen und der allgegenwärtig drohende Tod durch Überarbeitung: Auf 50 Postern dokumentiert eine neue Ausstellung am Institut für Ostasienswissenschaften (IN-EAST) der Universität Duisburg-Essen (UDE) wie wenig die klassischen Klischees mit dem Lebensalltag in China zu tun haben. Wer sein China-Bild auf die Probe stellen möchte, kann die spannend gestaltete Ausstellung noch bis zum 17. April 2013 besuchen.

China heute: In der Beijing 798 Art Zone, dem international renommiertesten größten und ältesten Textildistrikt Chinas, haben Künstler*innen und Galeriebetreiber*innen mit den Folgen von Gentrifizierung zu kämpfen. Kreative klagen über Mieten, die wegen des wirtschaftlichen Booms gestiegen sind. Auf dem weitläufigen Gelände einer Militärfabrik, die in den 1950er Jahren im Zuge der sozialistischen Bruderhilfe von Experten aus der ehemaligen Sowjetunion und der DDR errichtet worden war, siedelten sich bereits am Ende der 1990er Jahre die ersten Künstler*innen an – zunächst illegal. Diese organisierten zahlreiche Proteste, als 2005 die ersten Pläne aufkamen, das Gelände zugunsten von kommerziellen Immobilienprojekten abzureißen. Den Abriss des Kreativquartiers konnten die Künstler*innen schließlich verhindern – vermutlich auch, weil sich China zu dieser Zeit gerade mitten in den Vorbereitungen auf die Olympischen Spiele 2008 befand.

Das Areal blieb erhalten und der Staat legalisierte die Künstler*innen, die er bis dahin nur geduldet hatte. Außerdem richtete er eine Managementbehörde für den Distrikt ein. Die Zahl der Galerien stieg im expandierenden Kunstdistrikt zwischen 2003 und 2008 von sechs auf 150 an. Das gesamte Viertel avancierte zu einem beliebten innerstädtischen Ausflugsziel für die Bourgeois Bohemians. Die wollen zwar das schöne Flair genießen, aber keine Kunst erwerben, klagen die Kreativen. Weil mit der



Foto: Chs

zunehmenden Kommerzialisierung des Viertels auch die Mieten rasant anstiegen, mussten viele Künstler*innen bereits umziehen.

2012 hat China erstmals die USA als weltgrößten Umsatzmarkt für Kunst abgelöst. Von den zehn Künstler*innen mit den höchsten Auktionserlösen im Jahr 2010 stammen allein vier aus China. Nachdem Politiker*innen in China zeitgenössische Kunst und Kultur lange als „zu systemkritisch“ gegängelt hatten, beginnen diese inzwischen, Kunst als Motor für Entwicklungen und Wirtschaftswachstum anzuerkennen. Kunst und Kultur gelten nun als Ressourcen, mit denen sich Arbeitsplätze schaffen lassen. Der Staat finanziert Creative Spaces und versucht beispielsweise innerstädtische Fabrikgelände umzunutzen. Dazu wirbt die Lokalregierung oftmals private Investor*innen aus der Immobilienbranche an. Aber Wirtschaftswachstum und Metropolenboom haben in China auch zu gesteigerter Umweltbelastung geführt. 16 der 20 Metropolen mit der weltweit stärksten Luftverschmutzung befinden sich in China. Bedingt ist dies vor allem durch ein erhöh-

tes Verkehrsaufkommen, Kohlekraftwerke und Bergbau. Erst vor kurzem wertete die chinesische Regierung die Umweltbehörde SEPA zum Umweltministerium auf. Denn ein solches gab es bis dahin nicht. Jetzt beginnt das Land auch in erneuerbare Energien und Nachhaltigkeit zu investieren.

Diese und ähnliche Entwicklungen dokumentieren zahlreiche Karten, Diagramme und großformatige Fotografien. Sie geben einen Einblick in das, was sich in China in den vergangenen Jahrzehnten verändert hat. Unter dem Titel „Chinas Metropolen im Wandel“ zeigt die Ausstellung auf 50 Plakaten, welche wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Prozesse das Gesicht des Landes durchlebt hat und welche Einflussfaktoren es mittlerweile prägen. Im Zuge dieser Entwicklungen kommen auch neue Vermarktungsstrategien auf. Durch den wachsenden Wohlstand wird China zu einem attraktiven Absatzmarkt für internationale und chinesische Produkte – fernab von den üblichen Vorstellungen, die in Europa bisher mit dem Label „Made in China“ assoziiert wurden. [Chs]

INFO

Die Plakate hängen in der 7. Etage im Gebäude LE am Duisburger Forsthausweg und sind noch bis zum 17. April von montags bis freitags zwischen 9 und 16 Uhr zugänglich. Eintritt frei.

Konzipiert wurde die Schau von Michael Waibel vom Institut für Geographie der Universität Hamburg. Sie gehört zur Reihe „Chinacime Hamburg 2012“ vom Hamburger Senat und wird von der Arbeitsstelle für Wissens- und Technologietransfer unterstützt. Weitere Informationen: www.uni-due.de/in-east/

Schlupflöcher für militante Raucher*innen

Am vergangenen Donnerstag hat die rot-grüne Mehrheit im Düsseldorfer Landtag eine Verschärfung der Rauchverbote in NRW beschlossen. Ab Mai 2013 soll das Gesetz nach bayrischem Vorbild in Kraft treten. Ministerin Barbara Steffens hofft damit, Schlupflöcher der bisherigen Regelung stopfen zu können. Das betrifft vornehmlich Cafés, Clubs und Kneipen die durch das Label „Raucherclub“ versuchen, das Verbot zu umgehen. Die wirtschaftlichen Probleme, die diesen nun drohen, sind häufig thematisiert worden. Aber was ist eigentlich mit den Schlupflöchern für militante Raucher*innen, die ihre Wochenenden auch im nächsten Jahr nicht in der sterilen Atmosphäre rauchfreier Räume verbringen möchten? Ich habe sie dieses Wochenende zumindest vereinzelt gefunden.



Auch der Dachboden kann einen guten Dancefloor abgeben. (Foto: aGro)

Es ist Freitag Abend. Unser Ziel ist eine illegale Party auf einem ehemaligen Militärgelände irgendwo im spärlich besiedelten Umland des Ruhrgebiets. Da hier sehr früh die letzten Busse fahren, müssen wir schon zeitig los. Gegen 23 Uhr kommen wir an. Draußen hört man nur einen Generator brummen, im Hangar hingegen ballern die Bässe bereits brutalst vor sich hin. Es läuft Darkpsy. Das ist wie Goa-Trance, nur schneller. Die Gäste sind entsprechend hauptsächlich Goa-Fraggels, nur schneller müde. Der Eintritt ist mit fünf Euro human, aussortiert wird niemand. Informiert wurden ohnehin nur private Kontakte. Knapp 100 davon haben den Weg hierher gefunden und stampfen schon schön auf dem Floor herum. Die Deko innerhalb der von Außen heruntergekommenen Militärruine ist wie erwartet schwarzlichtlastig, aber überraschend professionell. Mit normalen Clubs kann man hier locker mithalten. Zwischen drei Couchecken und einer Theke mit Garderobe liegt außerdem Teppichboden, den man nach Lust und Laune mit Asche und Zigarrettenstummeln dekorieren kann. Grimmige Securities, die die Feiernenden überwachen gibt

es hier nicht. Die Bässe hämmern noch immer, als wir gegen Mittag den Rückweg antreten. Viele sind bereits weg, einige mobilisieren noch ihre letzten Energien zum Tanzen und die Veranstalter*innen räumen auf. Geld bekommt dafür niemand. Man arbeitet für die Sache. Bloßen Idealismus findet man hier allerdings auch nicht: Neben Hartz 4 lebe er ausschließlich von GOA, erzählt unser Beifahrer. Geld Ohne Arbeit bedeute das für ihn. Wird es so etwas ab nächstem Jahr mehr geben? In rauchfreien Clubs zu feiern kann er sich schlecht vorstellen, aber in der kalten Jahreszeit seien geeignete Locations außerhalb der Hörweite von Anwohner*innen nicht leicht zu finden.

Samstag: WG-Party

Nach viel zu wenigen Stunden Schlaf bringt uns die S-Bahn nach Essen-Steele. In der WG eines Freundes wird auf zwei Etagen Geburtstag (nach-)gefeiert. Ob man rauchen darf, hängt davon ab, in wessen Zimmer man sich befindet. Glücklicherweise befindet ich mich meist in Raucherzimmern. Hier spielt sich neben der Küche ein Großteil der Party ab. Die Tanzflächen füllen sich erst

später, als mich bereits die Müdigkeit eingeholt hat. „Ich habe nur einmal im Jahr Geburtstag“, sagt ein Gastgeber. „Aber der Reiz eines Clubbesuchs nimmt schon ab, wenn ich beim Tanzen nicht rauchen kann. Kann gut sein, dass dann viele lieber zu Hause feiern.“ In den Zimmern bilden sich spontane Parallelgesellschaften aus den Freundeskreisen der jeweiligen Mitbewohner*innen. Die untere Etage bleibt eine fremde Welt für mich. Mit Integration ist nicht mehr zu rechnen. „Vielleicht sind da unten ja die ganzen Nichtraucher*innen, die sich vor dem Passivrauchen schützen wollen“, denke ich mir, finde die Vorstellung dann aber doch eher absurd. Feiern in privaten Räumen sind vom Nichtraucherschutzgesetz ausdrücklich ausgenommen. Vielleicht werden sie ein Revival erleben. Was würde auch besser zur Epoche des neuen Biedermeier passen, als der Rückzug in den privaten Partykeller?

Sonntag: Internet

Am Sonntag erwarten mich zu Hause die unerledigte Schreibarbeit und Facebook. Wobei letzteres zunächst mehr Aufmerksamkeit beansprucht. Überhaupt: Soziale Netzwerke. Sind sie nicht

der Schlüssel zur Beherrschung der Problemlage? Können wir heute nicht schneller, einfacher und sicherer als jede Generation vor uns zu solchen Veranstaltungen einladen? Wir alle kennen zwar die Berichte über unkontrollierte Facebookpartys, die in Straßenschlachten enden, trotzdem kann die Sichtbarkeit einer Facebook-Veranstaltung sehr einfach vor Menschen verborgen werden, die nicht eingeladen sind. Hier könnte sich zumindest für unkommerzielle Veranstalter*innen ein weiteres Schlupfloch eröffnen: Wenn personengebundene Einladungen verschickt werden, gilt die Party als Geschlossene Gesellschaft, in der weiterhin geraucht werden darf. Im Vorfeld solche Einladungen zu verschicken, sollte technisch keine große Schwierigkeit sein. Ob das auch juristisch unproblematisch ist, wird sich zeigen. Militante Raucher*innen wird es in jedem Fall auch nächsten Sommer noch geben und da Tabakwaren weiter legal verkauft werden, können sie auch relativ offen versuchen, sich Räume anzueignen. Ob ihnen das gelingt, wird wahrscheinlich aber mehr von ihrer Kreativität abhängen als von juristischen Details. [aGro]

Meine Konflikte, deine Konflikte

In politischen Diskursen hält sich hartnäckig die Behauptung, dass Migrant*innen Konflikte aus ihren Heimatländern importieren würden. Diese These wird oftmals benutzt, um eine repressive Ausländer*innen- und Asylpolitik zu rechtfertigen, bei der die Abschottung Europas und Abschiebungen die Lösung sein sollen. Am Beispiel von Türk*innen und Kurd*innen in Berlin hat ein Sozialwissenschaftler der Universität Duisburg-Essen untersucht, wie tragfähig diese „Konfliktimport“-These ist. In seiner Arbeit kommt Jan Hanrath zu dem Schluss, dass der türkisch-kurdische Konflikt häufig die Leinwand sei, auf welche die Probleme und Frustrationen vor Ort projiziert werden.

Unter den knapp 3,4 Millionen Einwohner*innen Berlins gibt es etwa 200.000 türkischstämmige Menschen und etwa 50.000 mit kurdischem Migrationshintergrund. Viele sind gebürtige Berliner*innen. Einige sind gekommen, um zu arbeiten oder zu studieren, einige aufgrund von Familienzusammenführungen. Andere haben die Türkei aus politischen Gründen verlassen und suchen zum Teil Asyl. Jan Hanrath ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Entwicklung und Frieden (INEF). Für den 105. Report des Instituts der Uni Duisburg-Essen war er unter anderem drei Monate lang in Berlin unterwegs, um vor Ort mit Kurd*innen und Türk*innen zu sprechen.

Hanrath sagt: „Unter den Gastarbeitern und Flüchtlingen aus der Türkei waren auch immer schon Kurden. Die meisten von ihnen entdeckten ihr Kurdischsein jedoch erst, als sie sich in Europa niederließen.“ Ein Grund dafür sei, dass viele von ihnen häufig in Deutschland zum ersten Mal die Möglichkeit hatten, ihre kurdische Identität offen zu leben und zu pflegen.

Denn in der Türkei werden Kurd*innen als Minderheit verfolgt, obwohl sie mit rund 18 Prozent der Gesamtbevölkerung die größte nicht-türkische Minderheit im Land bilden. Ihre Situation verschlechterte sich erheblich, seit 1927 in der türkischen Verfassung der Kemalismus festgeschrieben wurde. Die Doktrin bestritt nicht nur die Existenz einer eigenen kurdischen Volksgruppe, sondern verbot und bestrafte auch jegliche Ausdrucksform der kurdischen Kultur. Beispielsweise blieb der Gebrauch der kurdischen Sprache sowohl im öffentlichen als auch im privaten Bereich bis 1991 verboten. Der türkische Staat verfolgte eine Strategie der Zwangsassimilation. Tausende Kurd*innen wurden in den westlichen Teil der Türkei deportiert und ihre Dörfer vernichtet. Die kurdischen Gebiete blieben die am wenigsten entwickelten Regionen der ganzen Türkei. Für den Sozialwissenschaftler sind die Konflikte zwischen Kurd*innen und Türk*innen daher eines der drängendsten Probleme in der Türkei.

Hanrath sagt, auch in Deutschland sei ihr Verhältnis verstärkt von gegenseitiger Entfremdung und Polarisierung geprägt. Deut-



„Politiker denken oft, dass Probleme mitgebracht werden und Deutschland daher nichts mit diesen zu tun habe. Das ist aber nicht richtig.“

lich werde dies vor allem dann, wenn die PKK (Arbeiterpartei Kurdistans) und türkisch-nationalistische Organisationen Jugendliche rekrutieren. Dafür versuchen diese oftmals, eine gemeinsame Identität zu konstruieren, um möglichst viele Menschen zu mobilisieren. So definierten einige PKK-Aktivist*innen alle Kurden als Vertriebene mit einer gemeinsamen Geschichte und einer kollektiven Vision von einem geographisch klar definierten Heimatland. Doch warnt er davor, türkische und kurdische Gemeinschaften als monolithische Blöcke zu sehen. Bezugspunkte wie Religiosi-

tät oder das Zugehörigkeitsgefühl zu einem bestimmten Berliner Kiez könnten zu einem gegebenen Zeitpunkt höhere Bedeutung im Vergleich zu ethnischen Kategorien gewinnen. „Vielfach treten Konfliktsituationen auf, in denen die zugrunde liegenden Ursachen sozialer oder individueller Natur sind, jedoch in ethnischer Form ausgedrückt werden. Die Konflikte in Berlin entwickeln eine eigene Dynamik, in denen nur bestimmte Aspekte des Kernkonflikts in der Türkei eine Rolle spielen. Konfliktkonstellationen, die aus dem Migrationskontext entstehen oder aus

TIPPS & TERMINE

Nikolaus Party



DONNERSTAG, 06.12.

Nikolausparty der Fachschaft für Kunst und Kunstwissenschaft

Die wohl mittlerweile vielen vertraute Temple Bar dient am 6.12.2012 als Location für die diesjährige Winter-Fachschaftsparty!

► Temple Bar, Salzmarkt 1, Essen, ab 22 Uhr, freier Eintritt

DONNERSTAG, 06.12.

Jazz-Session

Das Jochen Grässel Quartett eröffnet den Abend. Wie jeden Donnerstag kann jeder interessierte Jazzmusiker mitmischen, nachdem die Openerband die Bühneverlassen hat.

► Altstadtschmiede Recklinghausen, Kellerstr. 10, 20.30 Uhr, freier Eintritt

DONNERSTAGTAG, 06.12.

Weihnachtessen der Universität Duisburg-Essen

In den Hauptmensen der Universität Duisburg und Essen sowie im Klinikum E steht weihnachtliches Essen auf dem Speiseplan.

► Mensenpläne unter www.studentenwerk.essen-duisburg.de

Erfahrungen und Diskriminierungen im lokalen Zusammenhang resultieren, bedienen sich einer Sprache und Symbolik, die dem Kernkonflikt entnommen wird“, so Hanrath.

Der Sozialwissenschaftler Kemal Bozay hat dies schon im Jahr 2000 mit einer Arbeit über die Orientierungen junger türkischer Migrant*innen und ihrer Einstellungen zu türkisch-nationalistischen Organisationen gezeigt. Heute arbeitet er als Geschäftsführer des Bochumer Vereins für Migrationsarbeit und multikulturelle Kinder- und Jugendhilfe (IFAK). Für ihn geht es in diesen Debatten auch um Machtstrategien und ökonomische Interessen. Deswegen kritisiert er, dass Migrant*innen in Zuwanderungsdebatten meist als homogene Gruppe vorkommen und nicht als soziale Individuen. Er sagt: „Gerade dann, wenn die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen keinen Beitrag zum Zusammenhalt leisten und es nicht gelingt, das, was verbindet, zu betonen, dann verstärkt das die negative Spirale von Selbst- und Fremdethnisierung.“

Reale und empfundene Diskriminierungen tragen demnach ebenso zu einem Rückzug in ethnische Nischen bei wie der Mangel an Perspektiven oder Benachteiligungen im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt. Allerdings haben die Ereignisse und Entwicklungen in der Türkei durchaus Auswirkungen auf die hiesigen migrantisch geprägten Communities. Meist seien sie Auslöser für Konflikte. Aber



Türkische Demonstranten bei einer Protestkundgebung in Berlin. Foto: ihhsuwioa/flickr.com (CC BY-NC-SA 2.0)

darüber hinaus müsse auch der politische Kontext in Deutschland berücksichtigt werden. Wird dieser als negativ erlebt, tragen Frustrationserfahrungen zu einer Empfänglichkeit für radikale Agitation durch nationalistische Gruppen bei. „Allzu häufig werden die Ursachen für solche Spannungen ausschließlich im Herkunftsland gesucht und somit als Fortsetzung bestehender Konflikte gedeutet“, sagt Hanrath. „Andere sehen die Ursachen für Probleme zwischen Migrantengruppen primär im Kontext der Migration und führen diese auf erlebte Diskriminierung und soziale Benachteiligungen zurück. Ich bin der Meinung, dass beides eine gleichwertige Rolle spielt.“

Migrant*innen und Kurd*innen im Besonderen haben

zudem mit einer vorurteilsbelasteten Wahrnehmung zu kämpfen. Jugendliche argumentieren, dass die Frage nach ihrer kulturellen Identität auch deswegen ein Thema für sie sei, weil ihnen in Deutschland immer wieder gesagt werde, dass sie anders seien. Ihr Handeln werde also vornehmlich vor einem kulturellen Hintergrund wahrgenommen und damit als ethnisch bedingt interpretiert. Im Vergleich mit Jugendlichen ohne Migrationshintergrund entstehe dadurch ein stärkeres Bedürfnis, sich abzugrenzen und sich stattdessen an der eigenen Gruppe zu orientieren. Denn diese hat mit denselben Problemen und Gefühlen der gesellschaftlichen und politischen Ausgrenzung zu kämpfen und stützt damit eher die Suche nach Akzeptanz. Hanrath sagt:

„Politiker beispielsweise denken oft, dass Probleme mitgebracht werden und Deutschland daher nichts mit diesen zu tun habe. Das ist aber nicht richtig. Stattdessen sind Lösungen gefragt, die verhindern, dass Migrantengruppen sich wieder in die Spannungskonstellationen ihrer Herkunftsländer begeben.“ Damit rückt Hanrath strukturelle Ausgrenzungen in Deutschland zwar plausibel als Problem in den Vordergrund. Dabei setzt er sich aber auch der Kritik aus, das politische Substrat der Konflikte, etwa die großen weltanschaulichen Unterschiede zwischen radikal rechten türkischen Nationalist*innen und linken kurdischen Separatist*innen, nicht ernst genug zu nehmen. Sie werden auf ein Integrationsproblem zusammengekörtzt. [Chs]

SAMSTAG, 08.12.

Knarf Rellöm und DJ Patex im Djazz

DJ Patex und Knarf Rellöm machen sich jetzt Gedanken zu modernen Künstlerbildern, Musik und Text, und versuchen all das am Beispiel von, supergenau, Knarf Rellöm himself zu erklären.

► Im Djazz, Börsenstr. 11, Duisburg, 21 Uhr

SAMSTAG, 08.12.

Trash Dance Terror

Den ganzen Abend gibt's goer Jahre Trash vom allerfeinsten. Eurodance, Boygroups, Happy Hardcore und alle zu Recht vergessenen Dancefloorhymnen geben sich die Ehre. Gib Deinen guten Geschmack an der Tür abund genieß das Schönste vom Schlimmen.

► Druckluft Oberhausen, 23 Uhr, Eintritt 5 Euro

SONNTAG, 09.12.

KommandoTanzalarm # 53

Electroswing und brasshouse Nu/Old/ Disco/House Classics mit timboletti confetti & DJ Schrammel aus Kray-Süd. Spezial gast : EarlyBird

► Temple Bar, Salzmarkt 1, Essen, 23 Uhr

SONNTAG, 09.12.

Kapitalismus vs Demokratie

Kapitalismus in der Krise: Die Folgen werden für immer mehr Menschen in Europa spürbar. Aktivist*innen diskutieren mit Wissenschaftler*innen, Politiker*innen und Journalist*innen.

► 14 Uhr, Universität Köln, 15 Euro für drei Tage, Albertus-Magnus-Platz

Kommerzialisierung von menschlichem Leben?

Der Bundesgerichtshof hat sein Urteil gefällt: Nach langjährigem Gerichtsstreit gegen die Umweltschutzorganisation Greenpeace darf der Bonner Neuropathologe Oliver Brüstle die Nutzung von Stammzellentechnik legal patentieren lassen - jedoch nur wenn dafür kein Embryonen zu Schaden kommen.

In einem Grundsatzurteil hat der Bundesgerichtshof dem Bonner Neuropathologen und Stammzellforscher Oliver Brüstle recht gegeben, der eine Methode zur Nutzung embryonaler Stammzellen patentieren lassen wollte. Damit errang der Wissenschaftler der Universität Bonn einen Teilerfolg in einer Berufungsverhandlung gegen Greenpeace. Die Umweltschutzorganisation hatte gefordert, die Patentierung auf Zellen aus embryonalen Stammzellen nicht anerkennen zu lassen und auf Nichtigkeit plädiert. „Man kann kein Patent auf Leben fordern“, sagt Christoph Then, der Greenpeace in dieser Angelegenheit vertritt.

Anreiz zum Embryonenverbrauch?

1999 hatte sich Brüstle ein Verfahren patentieren lassen, mit dem er für geschädigte Teile des Gehirns und Rückenmarks Ersatzzellen aus embryonalen Stammzellen entwickelte. Zu diesem Zeitpunkt forschte er mit Zellen, die aus Embryonen gewonnen wurden. Greenpeace sieht darin eine kommerzielle Verwendung der Embryos. „Es scheint, als hätte die Industrie den Eindruck, man dürfe menschliches Leben kommerzialisieren“, sagt Christoph Then. Er befürchtet einen „Anreiz zum Embryonenverbrauch“, und für die Organisation ist klar, das Brüstles Patentierung die Würde des Embryos elementar angreift. Die jetzt durch das Urteil geltene Einschränkung ist für beide Parteien ein passabler Mittelweg. Entschieden wurde, dass die Patentierung nur dann legal ist, wenn die Stammzellen gewonnen werden, ohne dabei Embryonen zu verbrauchen. Der Bundesgerichtshof begründet sein Urteil mit der Erklärung, dass der Einsatz von menschlichen embry-

onalen Stammzellen an sich nicht als Verwendung von Embryonen zu werten ist und damit auch nicht unter das Patentierungsverbot fällt. Brüstle erklärte nach der Urteilsverkündung, er sei „zufrieden“. Christoph Then sagt: „Wir haben erreicht, was wir erreichen wollten. Die Verhinderung der Patentierung ist uns zwar nicht komplett gelungen, doch die Einschränkung ist ein Meilenstein.“

Die Forschung an embryonalen Stammzellen hat schon immer heftige Debatten ausgelöst, sowohl in der Wissenschaft, als auch in Politik und Gesellschaft. Greenpeace will verhindern, dass die Menschenwürde gegenüber den Interessen der Forschung untergeordnet wird und bezweifelt die Notwendigkeit von embryonalen Stammzellen. „Wir wollen Forschung nicht verbieten, doch die Forschung muss Möglichkeiten finden, weiter zu machen ohne menschliches Leben zu kommerzialisieren“, sagt Then und weist darauf hin, dass auch „adulte“ Zellen, also körpereigene Stammzellen, für die von Brüstle verwendete Transplantationsmedizin genutzt werden können. Auf solche Methoden will auch Brüstle nach eigenen Angaben zukünftig setzen. Er teilte nach der Urteilsver-

kündung mit, dass es mittlerweile zunehmend alternative Methoden gebe, für die keine Embryonen zerstört werden müssen.

Adulte Zellen vs. embryonale Zellen

Die Verwendung adulter Zellen hat sogar Vorteile. Der menschliche Körper neigt dazu, Gewebe abzustößeln, das nicht aus körpereigenen Zellen besteht. Nutzt man adulte Zellen, nimmt der Körper sie an. Andererseits haben embryonale Zellen natürlich auch Vorteile. Für Forscher*innen sind die embryonalen Stammzellen dagegen wegen ihrer Totipotenz interessant. Totipotent bedeutet, dass die Zellen sich in alle Richtungen entwickeln können. In ihnen ist noch nicht einprogrammiert, ob sie zum Beispiel die Zelle einer Leber oder die einer Lunge werden sollen. Außerdem sind entwickeln sie sich viel schneller als adulte Zellen und neigen weniger zur Mutation. Ihre „Reinheit“ lässt eine viel saubereres Ergebnis zu, als Forschungen mit adulten Zellen. Durch ihre schnelle Vermehrung, die man fast als Wucherung bezeichnen könnte, ist ein Krebsrisiko jedoch nicht auszuschließen. Gisela Badura-Lotter, Biologin der Universität Brest in

Frankreich kritisiert diese Methodik, „Man weiß ja noch gar nicht, was die Zellen sonst noch so im Körper anstellen, salopp gesagt.“

Heilung?

Greenpeace-Vertreter Christoph Then hält die Nutzung von Embryonen für die Forschung nicht für vertretbar. „Ich denke es ist im Sinne der Ärzte und Patienten, ethisch korrekt Erkenntnisse zur Heilung der Krankheiten zu finden“, sagt er. Im Fokus Brüstle's Forschung stand das Ziel, durch Transplantationsmedizin schwerere degenerativer Krankheiten wie Multiple Sklerose, Parkinson und Alzheimer heilen zu können. Mit solchen Ankündigungen wecken Forscher*innen immer wieder Hoffnungen bei Betroffenen, obwohl sich die Forschung noch im Grundlagenstadium befindet. Gisela Badura-Lotter, Biologin an der Universität Brest in Frankreich, warnt jedoch vor zu viel Hoffnung auf eine Therapiemöglichkeit durch Embryonalstammzellentransplantation. „Die Ursache der Degeneration würde durch eine solche Transplantation nicht unbedingt beseitigt, und es ist daher anzunehmen, dass die Krankheit wieder fortschreitet.“ [sabi]



Forschung um jeden Preis? Der bundesgerichtshof hat entschieden, dass die Stammzellentechnik nur eingeschränkt patentiert werden kann. (Foto: Sabi)

Wie fair ist Fairtrade?

„Kauf doch nicht die billigen Bananen, die Teuren sind meistens fair gehandelt.“ Ein Irrtum, der weit verbreitet ist. Wer wirklich fair gehandelte Produkte kaufen will, sollte sich vorher informieren. Es reicht nicht sich auf die „guten“ Marken und ihren Namen zu verlassen. Aber auch die zahlreichen Fairtrade Siegel garantieren nicht die Sicherheit, die man sich von ihnen erhofft.

Noch nicht einmal Bananen kann man heutzutage noch bedenkenlos kaufen. Für zahlreiche Familien in Entwicklungsländern ist die Hauptexportfrucht eine der wichtigsten Einkommensquellen. Gerade deshalb ist ein fairer Handel für die Plantagenbesitzer*innen und Arbeiter*innen besonders wichtig. Während 90 Prozent des Gesamtexports in reiche Industrieländer gehen, scheren sich Marken und Supermarktketten allerdings hauptsächlich um die eigene Marktmacht. Das macht sich nicht nur bei Lebensmitteln bemerkbar, auch auf dem Textilmarkt sind klare Mängel zu erkennen. Denn die großen Marken sind in erster Linie darauf bedacht, ihre Produkte möglichst billig herstellen zu lassen.

Erst kürzlich gingen Bilder einer brennenden Textilfabrik in Bangladesch durch die Medien. 110 Arbeiter*innen kamen dabei auf Grund mangelnder Sicherheitsvorkehrungen ums Leben. Schnell wurde bekannt, dass in dieser Fabrik auch Ware von bekannten Firmen, wie C&A oder Kik produziert wird. Schon ist auch das Thema Fairtrade wieder vermehrt in den Medien vertreten.

Fairtrade ist in

Tatsächlich steigt der Betrag, der jährlich für fair gehandelte Produkte ausgegeben wird, seit 2009 exponentiell an. Denn Fairtrade ist in. Kein Wunder, dass nun auch Billigdiscounter auf der Fairtrade-Welle mitreiten wollen. Normalerweise findet man ein umfangreiches Angebot an Fairtrade Produkten eher in sogenannten Welt-Läden. 2009 gab es dazu im Rahmen einer bundesweiten „fairen Woche“ bereits eine große Debatte, denn die Begriffe Bil-



Das Angebot der Fairtrade Produkte ist weit gefächert. Die Vielfalt der Siegel, mit denen diese bestückt sind, eher unübersichtlich. (Foto

ligdiscounter und Fairtrade sind eher schwer unter einen Hut zu bringen. Trotzdem findet man in den Regalen von Aldi, Lidl und Co. immer öfter Produkte mit dem verschiedensten Fairtrade-Siegeln. Viele davon sind allerdings oft mehr Schein als Sein. Fairglobe, One World und andere Namen sind Fairtrade-Eigenmarken der Discounter. Produkte mit diesen Siegeln erfüllen aber nicht die gleichen Kriterien, wie Waren, die mit dem etablierten Siegel von Fairtrade Deutschland versehen sind. In solch einem Siegelwald können Kund*innen schon mal den Überblick verlieren. Und tatsächlich ist genau diese Vielfalt unter Anderem dafür verantwortlich, dass auch das Fairtrade-Siegel von Fairtrade Deutschland mittlerweile immer mehr an Aussagekraft verliert. Dazu passt auch, dass nur 20 Prozent fairer Handel bereits ausreichen, um das Siegel zu erwerben.

Eine der größten Organisationen des fairen Handels, die Gepa, hat deshalb bereits Konsequenzen gezogen: Die Entscheidung, das Fairtrade-Siegel von einem Großteil ihrer Ware zu entfernen und es durch ein „Fair-Plus“ Siegel zu ersetzen, soll signalisieren, dass ihnen die Standards nicht mehr hoch genug sind.

Leider ist auch das Angebot in den Cafeterien der UDE nicht wirklich „fair“. An den Fenstern hängen zwar einladende Bionade-Poster, in den Getränkekühlschränken stecken dafür fast hauptsächlich Produkte der Marke Coca-Cola, die leider denkbar wenig mit Fairtrade zu tun hat. Und zur Weihnachtszeit gibt es jetzt auch wieder diese schön großen und verhältnismäßig billigen Schokoladentüten. Wer achtet da schon auf das Herkunftsland? Aber was viele nicht wissen: Einige der großen Marken beziehen ihre Kakaobohnen von Plantagen, auf denen die Bedingungen alles andere als Menschenwürdig sind. Selbst vor Kindesentführung und Sklaverei wird oftmals kein Halt gemacht. Und das passt in unser Bild von Weihnachten ja nun gar nicht rein. Da gilt auch die Ausrede „Fairtrade ist mir zu teuer“ nicht mehr. Denn Milka, Lindt und andere Marken sind den fair gehandelten Produkten preislich in keiner Weise voraus. Das gleiche gilt nicht nur für andere Lebensmittel sondern auch für Kleidung. Und auch diese müssen nicht immer teuer sein. Man muss nur auf die Labels achten und wer sich auch dann nicht sicher ist, kann sich immer noch im Second Hand Laden umschauchen. [ttm]

KURZMELDUNGEN

Protestaktion 12:12

Zwölf Minuten und zwölf Sekunden schwiegen die Fans von Borussia Dortmund am 27. November. Der Auftakt zur Bundesweiten Protestaktion „Ohne Stimme – 12:12 Keine Stimmung“ war ein voller Erfolg. Die Proteste beziehen sich auf das DFL-Sicherheitspapier, das am 12. Dezember verabschiedet werden soll. Mit diesem Sicherheitspapier soll die allgemeine Sicherheit in den Fußballstadien erhöht werden, was unter anderem zur Folge Ganzkörperkontrollen und Verbot von Stehplätzen hätte.

Solidaritätsmarsch in Duisburg

Um Aufmerksamkeit für den Kampf gegen Aids zu erlangen, kam es in Duisburg am vergangenen Samstag im Rahmen des Welt-Aids-Tages zu einem Solidaritätsmarsch. Vom Einkaufszentrum „Königs-galerie“ marschierten etliche Duisburger*innen samt einer Marschkapelle und Bürgermeister Benno Lensdorf über den Weihnachtsmarkt zum Einkaufszentrum am König-Heinrich-Platz. Nach mehreren Stunden endete der von der Aids-Hilfe und den Einkaufszentren organisierte Marsch mit 250 aufsteigenden roten Luftballons.

Erster Mercator-Professur Vortrag

Professor Wolfgang Huber hielt am vergangenen Donnerstag seinen ersten Vortrag als Inhaber der Mercator Professur im Duisburger Audimax. Zum Thema Ethik und Generationengerechtigkeit ging er auf die Verantwortung eines jeden Menschen gegenüber nachfolgender Generationen ein und kritisierte außerdem Politik und Wissenschaft bezüglich radioaktiven Abfalls. Der nächste Vortrag des Theologen soll am 16. Januar 2013 im Essener Audimax stattfinden und wird die Energiewende in ihrer ethischen Herausforderung thematisieren.



Nicht nur in der aktuell-Redaktion ist der sexistische Inhalt der Unicum-Tüten, die bundesweit an den Unis verteilt worden sind, auf Kritik gestoßen (siehe aktuell Nr. 4). In Marburg gab es gleich zweifachen Protest gegen die Verteilaktion.

Während Studierende von der Gruppe „Free Education Movement Marburg“ an Ort und Stelle für eine „kommerzfreie Universität“ warben, verfasste die Studentin Laura S. einen Offenen Brief an die Uni-Leitung. „Ich möchte nicht, dass mir ‚Wundertüten‘ vorschreiben, wie ich – gemäß meines Geschlechts – sein soll“, schreibt sie und fordert, „die weitere Verteilung sexistischer Darstellungen zu unterbinden und dies ggf. auch gegenüber Vertragspartner_innen klarzustellen.“

Die Unicum-Redaktion selbst bezeichnet die Verteilaktion auf der Homepage für ihre Anzeigenkund*innen als „bundesweites Sampling“, bei dem 250.000 Tüten voller Werbung an die jeweilige Zielgruppe gebracht werden. Die Geschlechtertrennung helfe dabei, die geschalteten Anzeigen „nahezu streuverlustfrei an die Leserinnen und Leser“ zu bringen. „Ohne ange-

staubte Geschlechterrollen zu transportieren“, solle dies geschehen.

Diesen Anspruch sieht Marius als gescheitert an. Er gehört zum Free Education Movement Marburg, das sich laut Selbstbeschreibung als Teil einer globalen Bewegung für freie emanzipatorische Bildung sieht und ein hierarchie-freies Miteinander anstrebt.

Die Präsidentin der Universität Katharina Krause antwortete schnell und unverbindlich auf den Offenen Brief. „Von der Unileitung kam ein ‚ja, wir werden das in Zukunft genauer prüfen‘. Die Frauenbeauftragte der Uni und Geschlechterforscher*innen haben bestätigt, dass die Darstellung sexistisch ist.“, so Marius.

Daraufhin habe seine Gruppe unter dem Titel „Unicum vom Campus kicken“ eine eigene Petition gestartet, die als ersten Schritt „die Verbannung jeglicher Unicum-Produkte vom Campus“ und als langfristiges Ziel eine werbefreie Universität fordert. Ein Erfolg, so Marius optimistisch, sei die Aktion jedoch erst, „wenn Unicum tatsächlich vom Campus gekickt wurde. Aber dass die Aktion wahrgenommen wird, scheint doch ein Symptom dafür zu sein, dass wir nicht total daneben liegen.“[aGro]

IMPRESSUM

ak[duell] – Studentische Zeitung für Duisburg, Essen und das Ruhrgebiet
Herausgeber: **ASTA** der Uni Duisburg-Essen, der Vorstand: Semih Inak u.a.
Projektkoordination: David Freydank
Anschrift: aktuell, c/o AstA der Uni Duisburg-Essen, Universitätsstraße 2, 45141 Essen
Redaktion dieser Ausgabe: Alex Grossert (aGro), Natalie Kajzer (Kaj), Teresia Minjoli (ttm), Rolf van Raden (rvr), Anna Maria Sabi (sabi), Chantal Stauder (Chs), Maren Wenzel (mac). **Comic:** Sebastian Happ
V.i.S.d.P.: Alex Grossert (Anschrift s.o.)
Auflage/Druck: 5.000 / Megadruck, Westerstede
E-Mail: redaktion@akduell.de
Web: www.akduell.de **Fon:** 0201/1833134

SUDOKU – HIRNAKROBATIK

			8				
7	6		5			2	
5	9			4			6
	1	5			2	9	7
	4		6		1		
8	9	5			7	3	
3			4			5	9
	4			1		6	8
					3		

HLP! #5: WARUM HELMI 23 SEMESTER MASCHINENBAU STUDIERT HAT

